

## Deutschland: Rückläufige Einbürgerungszahlen

Die Zahl der Einbürgerungen in Deutschland nimmt weiter ab. Wie das Statistische Bundesamt im Juli bekannt gab, wurden im Jahr 2004 insgesamt 127.150 Personen eingebürgert. Der Trend rückläufiger Einbürgerungszahlen hält auch im vierten Jahr nach Einführung des neuen Staatsangehörigkeitsgesetzes an.

Im Vergleich zu 2003, als 140.731 Personen eingebürgert wurden, liegt der Rückgang bei rund 13.600 (-9,6 %). Der Höchststand an Einbürgerungen wurde 2000 erreicht, als das neue Staatsangehörigkeitsgesetz in Kraft trat (vgl. MuB 1/00). Damals erhielten 186.688 Personen die deutsche Staatsbürgerschaft. Seitdem sank die Zahl kontinuierlich (siehe Grafik).

Wie in den Jahren zuvor waren Türkischstämmige mit 44.465 die größte Gruppe der Eingebürgerten

(35 % aller Eingebürgerten). Im Vergleich zu 2003, als die Zahl der Eingebürgerten dieser Gruppe bei 56.244 lag, beträgt der Rückgang -20,9 %. Die Zahl eingebürgerter Türkischstämmiger ist bereits seit 1999 rückläufig, als mit 103.900 der bisherige Höchststand verzeichnet wurde. Der Rückgang der Einbürgerungszahlen ist somit nicht zuletzt auf die nachlassende Einbürgerungsneigung von Türken zurückzuführen.

Die nächstgrößten Gruppen nach Türkischstämmigen kommen aus Polen (7.499 bzw. 5,9 % aller Eingebürgerten) und dem Iran (6.362 bzw. 5 %). Insbesondere die Zahl der Eingebürgerten aus Polen, die 2003 bei 2.990 lag, ist deutlich angestiegen (+150,8 %).

Die wichtigste rechtliche Grundlage für eine Einbürgerung war ein mindestens achtjähriger rechtmäßiger Aufenthalt sowie eine Aufenthaltserlaubnis bzw. -berechtigung. 82.950 der Eingebürgerten erhielten den

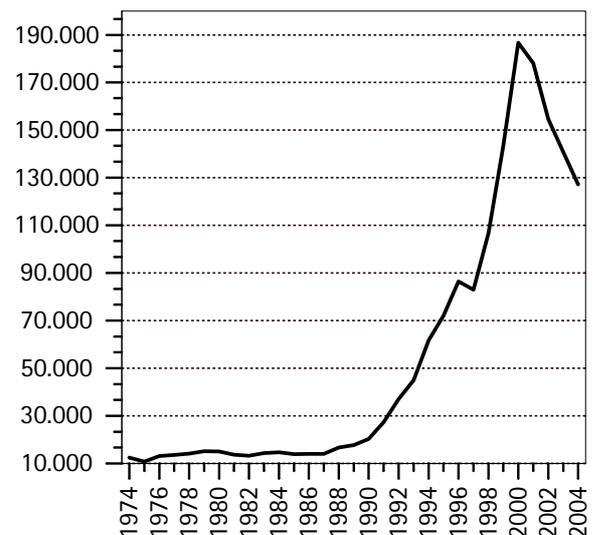
deutschen Pass auf Grundlage dieser Regelung, bei weiteren 19.929 Eingebürgerten handelte es sich um Ehepartner bzw. Kinder dieser Personen.

Während eine Sprecherin der Integrationsbeauftragten der Bundesregierung Marieluise Beck (Bündnis

90/Die Grünen) sagte, die aktuellen Zahlen bedeuteten eine „Normalisierung des Einbürgerungsprozesses“, zeigte sich Kenan Kolat, stellvertretender Vorsitzender der Türkischen Gemeinde Deutschlands, besorgt über die rückläufige Zahl der Eingebürgerten türkischer Herkunft. Gerade die Regelung zur Vermeidung der doppelten Staatsbürgerschaft habe der Integration „einen Bärendienst“ erwiesen, so Kolat. Er spielte damit darauf an, dass Eingebürgerte bei Wiederannahme des türkischen Passes automatisch ihre deutsche Staatsangehörigkeit verlieren (vgl. MuB 2/05). Faruk Sen, Direktor des Zentrums für Türkeistudien (ZfT) an der Universität Duisburg-Essen, nannte neben der fehlenden Möglichkeit einer doppelten Staatsbürgerschaft einen „gewissen Sättigungseffekt“ bei türkischen Migranten als Grund.

Bereits vor Bekanntgabe der neuesten Zahlen hatte die Bundesintegrationsbeauftragte Marieluise Beck Ende Juni darauf hingewiesen, dass seit dem 1. Januar

### Einbürgerungen 1974 - 2004



Quelle: Statistisches Bundesamt

2000 etwa 1 Mio. Zuwanderer zu deutschen Staatsbürgern geworden seien. 800.000 wurden eingebürgert, weitere 200.000 Kinder ausländischer Eltern erhielten mit der Geburt den deutschen Pass. Sie erinnerte daran, dass in den fünf Jahren seit In-Kraft-Treten des neuen Staatsangehörigkeitsgesetzes mehr Menschen eingebürgert worden seien als in den 20 Jahren davor. Angesichts der rückläufigen Zahl von Einbürgerungen verlangte sie zugleich „ein einbürgerungsfreundliches Klima, das Einbürgerungen befördert und aktiv über die Möglichkeiten des Erwerbs der deutschen Staatsbürgerschaft informiert“.

Inhalt	
Deutschland: Rückläufige Einbürgerungszahlen	1
Deutschland: Wahlprogramme im Vergleich	2
Deutschland: EU-Haftbefehl verfassungswidrig	2
Kurzmeldungen – Deutschland	2
Deutschland: Studie zur Abwanderung von Hochqualifizierten	3
Kurzmeldungen – Europa	3
Italien: Neue Anti-Terror-Gesetze	4
Kurzmeldungen – Europa II	4
EU: Gemeinsame Abschiebeflüge beschlossen	5
Kurzmeldungen – Welt	5
Veranstaltungen / Literatur	5
Zusätzlich in der Internetausgabe: ( <a href="http://www.migration-info.de">http://www.migration-info.de</a> )	
Deutschland: Studie dokumentiert hohe Ausländerfeindlichkeit	
EU: Prüfung deutscher Visa-Regeln abgeschlossen	
Großbritannien: Sicherheitspolitische Maßnahmen nach Terroranschlägen	
Kirgisien: Usbekische Flüchtlinge nach Rumänien ausgeflogen	

4,5 Mio. (67 %) der Ende 2004 in Deutschland lebenden Ausländer erfüllen die für eine Einbürgerung notwendige Aufenthaltsdauer von 8 Jahren (vgl. MuB 5/05). Das rein quantitative Einbürgerungspotenzial ist somit wesentlich größer als die Zahl der tatsächlich

erfolgten Einbürgerungen. vö

Weitere Informationen:

<http://www.destatis.de/presse/deutsch/pm2005/p3040025.htm>; <http://www.integrationsbeauftragte.de/gra/daten/daten.php>

## Deutschland: Wahlprogramme im Vergleich

Am 18. September werden voraussichtlich vorgezogene Bundestagswahlen durchgeführt. Ein wichtiges gesellschaftspolitisches Thema ist Zuwanderung und der Umgang mit Migranten in Deutschland. Alle großen Parteien widmen daher diesem Thema einen eigenen Abschnitt in ihren Wahlprogrammen. Im Folgenden werden die Kernaussagen von SPD, CDU/CSU, Bündnis 90/Die Grünen, FDP und der Partei Die Linke/PDS dargestellt.

### Kurzmeldungen – Deutschland

**Brandenburg: Neonazi-Verein verboten**  
Das Land Brandenburg hat Mitte Juli eine weitere Neonazi-Kameradschaft verboten. Gegen die im Berliner Umland aktive „ANSDAPO“ („Alternative Nationale Strausberger Dart-, Piercing- und Tattoo-Offensive“) wurde ein Vereinsverbot verhängt, wie das Potsdamer Innenministerium bestätigte. Mehr als 20 Wohnungen in Berlin und Brandenburg waren zuvor durchsucht worden. Mitglieder der Gruppe sollen im Januar an einem Überfall auf einen Jugendklub beteiligt gewesen sein. Zeitungen berichteten, die Kameradschaft pflege Kontakte zur Deutschen Volksunion (DVU), die seit 1999 im Brandenburger Landtag vertreten ist. Im April hatte das brandenburgische Innenministerium die rechtsextreme Kameradschaft „Hauptvolk“ und deren Untergliederung „Sturm 27“ verboten (vgl. MuB 4/05). Bereits in den 1990er Jahren wurden die „Direkte Aktion / Mitteldeutschland“ und die „Kameradschaft Oberhavel“ verboten.

**Asylbewerberzahlen weiter rückläufig**  
Die Anzahl der gestellten Asylanträge in Deutschland erreichte 2004 einen neuen Tiefstand mit 50.152 Erst- und Folgeanträgen (2002: 91.471, 2003: 67.841 Anträge). Der Rückgang zum Vorjahr beträgt rund 26 %. Im Zeitraum Januar bis Juli 2005 wurden insgesamt 26.281 Anträge gestellt. Auch hier ist im Vergleich zum Vorjahreszeitraum ein deutlicher Rückgang zu verzeichnen. Hauptherkunftsländer waren Serbien und Montenegro, die Türkei und der Irak. <http://www.bamf.de>

islamischem Religionsunterricht von Lehrern, die in Deutschland ausgebildet wurden, bzw. von anerkan-

tem Lehrpersonal unter Aufsicht der Schulbehörden in deutscher Sprache;

- besondere Förderung von Frauen ausländischer Herkunft.

**SPD:** Die Sozialdemokraten betonen, dass Deutschland bereits seit langem ein Einwanderungsland sei und dass sie während ihrer Regierungszeit wichtige Schritte im Hinblick auf die Steuerung und Begrenzung von Zuwanderung und zur Integration von Migranten unternommen hätten. Ausdrücklich spricht sich die SPD gegen „die Existenz von Parallelgesellschaften“ und gegen „Zwangsheiraten“ aus und befürwortet die konsequente Einbürgerung aller, „die Deutschland legal zu ihrem Lebensmittelpunkt gemacht haben“. Wichtige Punkte im Wahlprogramm sind:

- das Erlernen der deutschen Sprache von Kindern nicht-deutscher Herkunft;
- ein größeres Angebot an

tem Lehrpersonal unter Aufsicht der Schulbehörden in deutscher Sprache;

- besondere Förderung von Frauen ausländischer Herkunft.

**CDU/CSU:** Das Wahlprogramm der Unionsparteien im Hinblick auf Migration steht unter dem Motto „Zuwanderung begrenzen, Integration stärken“. Zwar lebten in der Bundesrepublik viele gut integrierte Ausländer, die „ihren Beitrag zur Allgemeinheit“ leisteten, aber es gäbe auch „Zuwanderer aus fremden Kulturkreisen mit erheblichen Integrationsdefiziten“. Zuwanderer sollten sich „auf der Grundlage unserer Kultur und Rechtsordnung“ integrieren, so eine Grundforderung der Christdemokraten. Auch sie halten Deutschkenntnisse für den Schlüssel zur Integration. Ausländische Eltern müssten daher alles dafür tun, dass ihre Kinder „Anteil an den Lebens- und Arbeitschancen unseres Landes“ haben. Wichtige Punkte im Wahlprogramm sind:

- die Beschränkung der Zuwanderung in den Arbeitsmarkt auf Mangelberufe und Höchstqualifizierte;
- Forderung nach verpflichtender Teilnahme an Integrationskursen für Neuzuwanderer;
- Forderung nach dem Erwerb von Deutschkenntnissen von nachziehenden Ehepartnern sowie die Senkung des Nachzugsalters für Kinder;
- aktive Förderung von Musliminnen in Deutschland. Auch die Christdemokraten sprechen sich nachdrücklich gegen Zwangsehen aus.

**Bündnis 90/Die Grünen:** Die Bündnisgrünen beschreiben Bürger- und Menschenrechte für Migranten und die Einhaltung humanitärer Verpflichtungen gegenüber Flüchtlingen als „Kernanliegen“ ihrer Politik. Diese Grundsätze hätten sie in den Verhandlungen um das Zuwanderungsgesetz, das im Januar in Kraft trat, angewandt. Allerdings hätten etliche grüne Reformansätze nicht verwirklicht werden können. Dringenden Handlungsbedarf sieht das Wahlprogramm daher beispielsweise im Hinblick auf Kettenduldungen. Bündnis 90/Die Grünen wollen sich für ein dauerhaftes Bleiberecht für Menschen einsetzen, die bereits seit Jahren hier leben. Auch das Erlernen der deutschen Sprache soll gefördert werden. Ferner soll eine bessere Integration der Kinder von Flüchtlingen erfolgen. Die Partei will die Residenzpflicht, die Ausreisezentren und das Flughafenverfahren abschaffen und stellt sich klar gegen Pläne zur Einrichtung von Flüchtlingslagern außerhalb der EU. Insgesamt wollen die Bündnisgrünen das Asylrecht reformieren und „menschlicher“ gestalten.

Neben der Linkspartei gehen nur die Grünen in ihrem Wahlprogramm explizit auf Menschen ein, die illegal in Deutschland leben oder arbeiten. Sie fordern auch für diesen Personenkreis das Recht auf „Gesundheitsversorgung, Schulbesuch und Lohn für ihre Arbeit“ und setzen sich für „ein Angebot zur Legalisierung“ nach dem Vorbild Spaniens, Frankreichs, Belgiens, Griechenlands oder der USA ein.

**FDP:** Auch die Liberalen konstatieren, dass Deutschland ein Einwanderungsland sei und bleibe. Sie wollen sich für eine „sachliche Diskussion zum Stand der

### Deutschland: EU-Haftbefehl verfassungswidrig

Deutsche Staatsbürger können vorerst nicht mehr an andere EU-Staaten ausgeliefert werden, wenn dort ein Haftbefehl gegen sie vorliegt. Am 18. Juli 2005 hat das Bundesverfassungsgericht (BVerfG) den Europäischen Haftbefehl für verfassungswidrig erklärt (BVerfG, 2 BvR 2236/04 vom 18.7.2005, Absatz-Nr. (1-201)). Das im August 2004 in Kraft getretene Europäische Haftbefehlsgesetz (EuHbG) ist somit nichtig. Deutschland habe die EU-Vorgabe zu eng umgesetzt, begründete das BVerfG seine Entscheidung. Das Haftbefehlsgesetz greife unverhältnismäßig in das Grundrecht auf Auslieferungsfreiheit ein. Hintergrund des Verfahrens war eine Verfassungsbeschwerde des Deutsch-Syrers Mamoun Dakazanli. Ihm werden Kontakte zum Terrornetzwerk al-Qaida vorgeworfen. Spanien hatte im Zusammenhang mit den Ermittlungen um die Anschläge in Madrid vom 11. März 2004 seine Auslieferung beantragt. Das Urteil des BVerfG hob nun den Auslieferungsbefehl auf. Dakazanli wurde daraufhin aus der Haft entlassen. [http://www.bverfg.de/entscheidungen/rs20050718\\_2bvr223604.html](http://www.bverfg.de/entscheidungen/rs20050718_2bvr223604.html)

Integrationspolitik“ einsetzen. Dazu gehöre, dass man sich nicht ausschließlich auf Neuzuwanderer konzentriere. Es gäbe „einige Millionen Ausländer und Spätaussiedler in Deutschland [...], von denen ein Teil keineswegs gut in unsere Gesellschaft integriert ist“. Die

### Kurzmeldungen – Europa

**Irland: Green Card für Höherqualifizierte**  
Mit der Einführung einer befristeten Green Card für Höherqualifizierte will Irland Unternehmen künftig die Beschäftigung begabter Einwanderer erleichtern. Das Arbeitsministerium in Dublin stellte Ende Juni sein Gesetzesvorhaben (Employment Permits Bill 2005) vor. Dieses soll Firmen ermöglichen, kurzfristig gut ausgebildete Immigranten einzustellen. Mit diesem Gesetz kann die Regierung alle zwei Jahre die Zahl der Arbeitsgenehmigungen für Einwanderer und nach Branchen festlegen. Zudem soll es die Rechte der Einwanderer besser schützen, indem die Green Cards auf den Arbeitnehmer und nicht auf den Arbeitgeber ausgestellt werden. Gewerkschaften und Einwandererverbände hatten das bisherige System kritisiert, weil es ihrer Ansicht nach die Ausbeutung ausländischer Arbeiter begünstigte. Die Details zur Umsetzung des Gesetzes werden noch ausgearbeitet.  
<http://www.entemp.ie/press/2005/20050629b.htm> (Presseerklärung des Arbeitsministers)

**Niederlande: Van Goghs Mörder zu lebenslanger Haft verurteilt**  
Wegen Mordes am islamkritischen Filmmacher Theo van Gogh ist der 27-jährige marokkanischstämmige Niederländer Mohammed Bouyeri zu lebenslanger Haft verurteilt worden. Das Urteil wurde am 12. Juli 2005 verkündet. Bouyeri beschuldigte während des Prozesses sein Opfer, den Islam beleidigt zu haben, und betonte, er würde eine solche Tat wieder begehen. Dass der Verurteilte Revision einlegt, gilt als unwahrscheinlich, da er es bisher ablehnte, sich in irgendeiner Weise zu verteidigen. Bouyeri hatte van Gogh am 2. November vergangenen Jahres in Amsterdam auf offener Straße niedergeschossen und erstochen. Die Tat löste in den Niederlanden eine Welle religiös motivierter Gewalt und eine Debatte über das niederländische Integrationsmodell aus (vgl. MuB 9/04, 5/05).  
<http://www.focus-migration.de> (Kurzdossier Niederlande)

**Italien: Massenabschiebungen sind rechtmäßig**  
Entgegen der europäischen Menschenrechtskonvention erklärte das römische Kassationsgericht in oberster Instanz Massenabschiebungen von illegalen Einwanderern für rechtmäßig. Die Mailänder Staatsanwaltschaft hatte gegen das richterliche Verbot einer Abschiebung von 15 rumänischen Roma vom August 2004 Berufung eingelegt. Die Abschiebungen stünden nicht in der „Logik von Ausweisungen aufgrund ethnischer Zugehörigkeit“, so die Urteilsbegründung.

Liberalen fordern daher ein umfassendes Integrationskonzept für Zuwanderer, die schon länger in Deutschland leben und an den neuen Integrationskursen bisher nicht teilnehmen können. Von den Zuwanderern erwartet die FDP im Gegenzug „die Bereitschaft, Integrationsangebote wahrzunehmen und insbesondere die deutsche Sprache zu erlernen“. Eine weitere Kernforderung ist eine Altfallregelung für Jugendliche, die bereits lange in Deutschland leben und hier die Schule besuchten.

Die FDP spricht sich für ein kulturelles Miteinander aus, fordert aber, dass Integrationsprobleme offen diskutiert werden. „Ghettobildung, mangelnde Deutschkenntnisse, Kriminalität und religiöse Intoleranz dürfen

nicht übersehen werden“, so das Wahlprogramm. Weiter heißt es: „Religionsfreiheit darf nicht als Vorwand für Gewalt und Unterdrückung von Frauen, Zwangsheirat oder für Hasspredigten missbraucht werden.“

**Die Linke.PDS:** Beim bisher veröffentlichten Wahlprogramm der Partei Die Linke.PDS handelt es sich um einen Entwurf. Die endgültige Fassung muss noch beschlossen werden.

Die Partei fordert den Abschied von einer „rigorosen Abschottungspolitik“. Sie tritt ein für eine weitere Harmonisierung der Asyl- und Migrationspolitik in der EU „auf der Basis menschenrechtlicher Standards“. Kernforderungen der Linkspartei sind:

- die Abschaffung des Asylbewerberleistungsgesetzes und der Residenzpflicht;
- die Legalisierungsmöglichkeit für Menschen, die illegal in Deutschland leben oder arbeiten;
- die volle Umsetzung der UN-Kinderrechtskonvention;
- kostenfreier Sprachunterricht für Migrantenkinder;
- die Zulassung der doppelten Staatsbürgerschaft. *as*

Weitere Informationen:

SPD: [http://kampagne.spd.de/040705\\_Wahlmanifest.pdf](http://kampagne.spd.de/040705_Wahlmanifest.pdf)  
CDU/CSU: <http://www.regierungsprogramm.cdu.de/download/regierungsprogramm-05-09-cducsu.pdf>  
Bündnis 90/Die Grünen: <http://www.gruene.de/index.htm> – Rubrik „unser Programm“  
FDP: <http://files.liberales.de/fdp-wahlprogramm.pdf>  
Die Linke.PDS: <http://sozialisten.de/wahlen2005/positionen/wahlprogramm/index.htm>

## Deutschland: Studie zur Abwanderung von Hochqualifizierten

Laut einer aktuellen Studie gibt es keine Anhaltspunkte für eine massenhafte Elitenabwanderung aus Deutschland. Zwar gingen immer mehr hochqualifizierte Deutsche zum Arbeiten in die USA. Die am 1. August vorgestellte Studie kommt aber zu dem Ergebnis, dass von einem so genannten Brain-Drain nicht die Rede sein könne.

Die Autoren der Studie, Claudia Diehl vom Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung (Wiesbaden) und David Dixon vom Migration Policy Institute (Washington), geben zu bedenken, dass der Anstieg v. a. auf einer zunehmenden Zahl temporärer Migranten basiere. Die permanente Auswanderung spiele nur eine untergeordnete Rolle. Diehl und Dixon widersprechen der These vom Brain-Drain, nach der Spitzenkräfte aufgrund besserer Verdienst- oder Forschungsmöglichkeiten von Deutsch-

land in die USA auswandern. Ein Großteil der hochqualifizierten Arbeitskräfte kehre wieder nach Deutschland zurück, so die Studie.

Die Autoren untersuchten ausgewählte Kategorien von temporären und permanenten Migranten deutscher Herkunft in den USA. Der Untersuchungszeitraum umfasst die Jahre 1990 bis 2002. Im Fall der temporären Visa ist v. a. die Zahl der ausgestellten Austauschvisa im Bildungs- und Wissenschaftsbereich (J-1, 1990: 17.000; 2000: 26.000) gestiegen.

Weitere wichtige Gruppen sind Visa-Empfänger zur innerbetrieblichen Versetzung über Landesgrenzen hinweg („transferees“, L-1-Visa, 2000: 7.000) sowie H-1B-Arbeitsvisa für Experten der Informationstechnologie (2001: 4.500; vgl. MuB 8/00; 4/01). Während 1990 insgesamt etwa 25.000 temporäre Visa für Hochqualifizierte aus Deutschland vergeben wurden, stieg diese Zahl im Jahr 2000 auf rund 40.000 Personen an.

Hier ist außerdem zu beachten, dass diese Ziffern auch Familienangehörige beinhalten. Bei den untersuchten Visa-Kategorien tendieren besonders Inhaber von H-1B-Visa zu einer permanenten Übersiedlung in die USA. Die weitaus größeren Gruppen der Inhaber von L-1- und J-1-Visa tendieren eher zu einer Rückkehr nach Deutschland.

Bundesinnenminister Otto Schily (SPD) erklärte in einer Pressemitteilung, dass Szenarien eines Exodus von hochqualifizierten Deutschen nicht der Realität entsprächen. Die Studie zeige, „dass der Pessimismus, mit dem wir Deutschen unser Land betrachten, nicht gerechtfertigt ist. Die Fakten sind deutlich positiver, als die Stimmung in Deutschland glauben macht.“

Daten des Statistischen Bundesamts zufolge hat die Gesamtzahl der Abwanderungen von Deutschen ins Ausland im Jahr 2004 einen vorläufigen Höhepunkt erreicht (150.667). Der Wanderungssaldo von Deutschen ist zwar weiterhin positiv (+27.326), jedoch weitaus geringer als in vergangenen Jahren (1994:

+166.757; 1999: +83.740). *sta*

Weitere Informationen:

<http://www.migrationinformation.org/Feature/display.cfm?id=328>

<http://www.bmi.bund.de/Internet/Content/Nachrichten/Pressemitteilungen/2005/08/Exodus.html>

## Italien: Neue Anti-Terror-Gesetze

Das italienische Parlament hat Schranken für Ausweisungen, DNA-Zwangstests und polizeiliche Sonderaktionen aufgehoben. Für das Tragen muslimischer Ganzkörperbekleidung droht künftig eine Haft-

strafe. Das Verwaltungsgericht stoppte das teilweise eingeführte kommunale Ausländerwahlrecht.

Italiens Parlament hat vor dem Hintergrund der Anschläge von London vom 7. Juli 2005 ein von Innenminister Giuseppe Pisanu (Forza Italia) erst Mitte Juli dieses Jahres vorgeschlagenes neues Anti-Terrorpaket zum 1. August beschlossen. Nach der Festnahme eines der mutmaßlichen London-Attentäter in Rom und aus Sorge, Italien könnte das nächste Ziel von Terroranschlägen sein, sind alle Änderungsanträge zu Pisanus Vorlage zugunsten einer schnellen Entscheidung zurückgezogen worden. Mit 385 zu 20 Stimmen entschied sich die deutliche Mehrheit des Parlaments für die neuen Regelungen. Das Paket soll dem Parlament aber in drei Monaten nochmals zur Überprüfung vorgelegt werden.

Es sieht unter anderem vor, dass Ausländer, die die nationale Sicherheit gefährden oder als Unterstützer einer Terrororganisation gelten, sofort ausgewiesen werden können. Des Weiteren können Verdächtige nun bis zu 24 Stunden zur Feststellung ihrer Personalien festgehalten werden; bisher waren es maximal 12 Stunden. Der Besitz falscher Papiere oder falsche Angaben zur Identität sollen in Zukunft schärfer geahndet werden. Durch die neuen Regelungen können bereits während der laufenden Untersuchungen DNA-Zwangstests durchge-

führt werden. Bisher war dies nur nach einer bereits erfolgten Anklage möglich.

Polizeiliche Sonderaktionen, die bisher nur im Kampf gegen die organisierte Kriminalität stattfin-

den konnten, wurden mit dem Paket auf den Anti-Terrorkampf ausgedehnt. So sollen nunmehr Befragungen von Verdächtigen auch ohne die Anwesenheit von Anwälten möglich sein. Aussagewillige sollen unter die so genannte Kronzeugenregelung fallen. Ausländische Zeugen könnten beispielsweise mit der Aussicht auf eine Aufenthaltserlaubnis motiviert werden, eine Aussage zu machen. In einer Zentrale sollen Kompetenzen und Ermittlungsergebnisse im Kampf gegen den Terror zusammenlaufen.

Die Verschärfung der Überwachung von Telekommunikation und E-Mail-Verkehr gilt als besonders heikle Maßnahme, obwohl in Italien bereits eine weitgehende Abhörpraxis besteht. Im Rahmen der beschlossenen Maßnahmen sollen auch die Befugnisse der Behörden beim Observieren von „Risikozone“ wie Kulturinstituten, Moscheen und Gemeindezentren mit extremistischem Zulauf ausgeweitet werden.

Das so genannte „Pisanu-Paket“ sieht sogar für das öffentliche Tragen muslimischer Ganzkörperbekleidung wie Burka oder Tschador eine Strafe von 1.000 Euro bzw. bis zu zwei Jahren Haft vor (vgl. MuB 9/04). Ein weiterer Punkt ermöglicht eine Durchsuchung von Häusern nach Sprengstoff ohne richterliche Erlaubnis.

Innenminister Pisanu betont jedoch, die Neuregelungen seien keine Sondergesetzgebung für den Anti-Terror-Kampf, sondern vielmehr eine Verschärfung bereits existierender Regeln der Strafverfolgung. Pisanu garantierte im Vorfeld die Unantastbarkeit der Rechts- und Verfassungsordnung Italiens: „Niemand denkt an Sondergesetze. Wir können nicht die Freiheit der Bürger einschränken, um die Feinde der Freiheit zu bekämpfen.“ Die Notwendigkeit einer Verschärfung der Regeln liege darin, dass nach den Anschlägen von Madrid und London der internationale Terrorismus auch an die Tür Italiens klopfe, so Pisanu. Experten befürchten darüber hinaus mögliche Terroranschläge zu den Olympischen Winterspielen 2006 in Turin.

Amnesty International beklagt die Verschärfung der Gesetze und kritisiert, dass die Neuregelungen Verstöße gegen internationale Verpflichtungen und menschenrechtliche Mindeststandards zuließen. Vor allem die Auslieferungserleichterungen und die Befragungen ohne Verteidiger stehen im Mittelpunkt der Kritik der Menschenrechtsorganisation.

Begleitet wurde die Verabschiedung des „Pisanu-Paket“ von präventiven Großfahndungen in ganz Italien. In Rom, Mailand und Sizilien wurden knapp 200 Moscheen, Gemeindezentren und Wohnungen nach verdächtigen Personen sowie Sprengstoff und Waffen durchsucht. Bei einem ersten Großeinsatz nach den Londoner Anschlägen waren lediglich Kleinkriminelle und Ausländer ohne Aufenthaltserlaubnis aufgegriffen worden.

Das Gericht in Brescia hat am 13. Juli 2005 zwei Muslime wegen der Planung von Terroranschlägen in Mailand und Cremona zu vier Jahren und acht Monaten bzw. zu drei Jahren und vier Monaten Haft verurteilt. Dabei kamen die nach dem 11. September 2001 eingeführten Anti-Terrorgesetze zur Anwendung.

### Kurzmeldungen – Europa II

#### Frankreich: „Null-Toleranz-Politik“

Als Reaktion auf die Terroranschläge in London am 7. Juli hat der französische Innenminister Nicolas Sarkozy (UMP) einen schärferen Umgang mit radikalen Islamisten angekündigt. Der Staat müsse „sehr viel härter gegen diejenigen vorgehen, die junge Selbstmordattentäter anwerben“, sagte der Minister Ende Juli in einem Interview. Er werde „mit Blick auf französische Imame, die gewaltverherrlichende und fundamentalistische Reden halten, Verfahren zur Verwirkung der Staatsbürgerschaft wieder beleben“, sagte Sarkozy. Frankreich werde zudem „systematisch alle ausweisen, die unsere Werte nicht respektieren und keine Franzosen sind“, so der Minister weiter. „Es gilt jetzt null Toleranz.“ Ende Juli wurden zwei so genannte Hassprediger nach Algerien abgeschoben.

#### Frankreich: Schnellere Einführung von „ePässen“

Das französische Innenministerium kündigte an, dass bereits in diesem Herbst Reisepässe mit digitalem Foto und elektronischen Chips ausgegeben werden. Die Regierung überspringt damit eine Etappe, da die Pässe ursprünglich vorerst nur mit einem Digitalfoto versehen werden sollten. In den kommenden drei Jahren sollen die Pässe weiter perfektioniert werden, um den europäischen Anforderungen nachzukommen. Ab 2008 sollen europaweit biometrische Daten in die Dokumente aufgenommen werden. <http://www.premier-ministre.gouv.fr/information>

#### Spanien: Weitere Legalisierungen

Mitte August tritt eine neue Regelung zur Legalisierung illegaler Zuwanderer in Spanien in Kraft, die bereits im Dezember 2004 beschlossen wurde. Sie richtet sich v. a. an jene Ausländer, die im letzten Legalisierungsprogramm (vgl. MuB 7/04; 5/05) nicht berücksichtigt wurden. Demnach können sich bis zu 120.000 Ausländer Hoffnungen machen, dass ihnen ein Bleiberecht gewährt wird. Die Bedingungen sind, dass die Antragsteller seit mindestens zwei Jahren in Spanien leben, seit einem Jahr einen Arbeitsplatz haben und nicht vorbestraft sind.

Darüber hinaus hatte Anfang August das Oberste Verwaltungsgericht das in einigen Städten eingeführte kommunale Wahlrecht für Ausländer gestoppt. Italien habe den Passus der Straßburger Konvention nicht ratifiziert, der die Beteiligung von Ausländern an Ur-

nengängen auf lokaler Ebene legitimiert. *th*

Weitere Informationen:

<http://www.interno.it/index.php> (Ital. Innenministerium),  
<http://www.amnesty.org>

## EU: Gemeinsame Abschiebeflüge beschlossen

Die fünf bevölkerungsreichsten EU-Staaten wollen künftig gemeinsam Ausländer abschieben, die sich illegal in dem jeweiligen Land aufhalten. Darauf einigten sich die Innenminister und Vertreter Deutschlands, Frankreichs, Großbritanniens, Italiens und Spaniens bei einem Treffen im französischen Evian Anfang Juli.

### Kurzmeldungen – Welt

#### Turkmenistan: Staatsbürgerschaft für tadschikische Flüchtlinge

Der turkmenische Präsident Sapamurat Niyazov (Demokratische Partei) unterzeichnete am 4. August ein Dokument, mit dem 13.245 Menschen die turkmenische Staatsbürgerschaft zuerkannt wird. Es handelt sich dabei zum großen Teil um ethnische Turkmenen aus Tadschikistan, die vor dem tadschikischen Bürgerkrieg von 1992–1997 flohen und auch in den Folgejahren nach Turkmenistan kamen. UNHCR-Missionschefin Annika Linden äußerte sich erfreut und zufrieden über die Entscheidung der turkmenischen Regierung.  
<http://www.unhcr.ch>

#### Pakistan: Abschiebung ausländischer Islam-Schüler

Der pakistanische Innenminister Aftab Sherpao (PPP, Mitte-Links) hat Ende Juli die Abschiebung ausländischer Koranschüler angekündigt. Von der Maßnahme dürften rund 1.400 Ausländer betroffen sein. Die Abschiebung der so genannten Seminaristen sei Teil der Anstrengungen gegen Extremismus und militanten Islamismus und stehe im Zusammenhang mit den Bombenanschlägen von London, so Sherpao. Mehrere der Attentäter hatten Pakistan besucht und zumindest einer an einem Religionsseminar teilgenommen. Außerdem sollen die etwa 10.000 bis 12.000 Islamschulen strenger kontrolliert werden. Die angekündigten Maßnahmen wurden von Vertretern der Koranschulen heftig kritisiert.  
[http://www.infopak.gov.pk/news/appnews/appnews2005/app\\_july30\\_2005.htm#3](http://www.infopak.gov.pk/news/appnews/appnews2005/app_july30_2005.htm#3)

Auf dem Treffen der so genannten G5-Gruppe wurden die Themenfelder Terrorismus, organisierte Kriminalität, Grenzschutz und Migrationspolitik behandelt. Die seit Mai 2003 außerhalb des Gemeinschaftsrahmens stattfindenden G5-Treffen gehen auf eine Initiative des französischen Innenministers Nicolas Sarkozy (UMP) zurück. Auf einer Pressekonferenz im Anschluss an den Gipfel sprach sich Sarkozy für die Aufnahme Polens in die G5-Gruppe aus. Als bevölkerungsreichster neuer Mitgliedstaat mit einer besonders langen Außengrenze solle Polen einen besonderen Platz bei der Zusammenarbeit einnehmen.

Der Vorschlag zu Sammelabschiebungen wurde Sarkozy zufolge vom spanischen Innenminister José Antonio Alonso (PSOE) eingebracht. Es solle sich dabei um Charterflüge handeln, die zunächst die Abschiebehäftlinge in den G5-Staaten abholen, um sie dann in ihre Heimatländer zurückzuführen. Dadurch erhoffen sich die Innenminister eine erhebliche Kostenreduzierung.

Auch gab es in den vergangenen Jahren vermehrt Probleme bei der Abschiebung in Linienmaschinen, da sich das Flugpersonal weigerte, Abschiebehäftlinge

zu transportieren oder einzelne Passagiere protestierten. Vereinzelt kam es durch Polizeigewalt im Flugzeug sogar zu Todesfällen (vgl. MuB 8/98 und 5/99). Obwohl Frankreichs Innenminister Sarkozy und sein britischer Amtskollege Charles Clarke (Labour) davon sprachen, dass die Umsetzung der Sammelabschiebungen nur eine Frage von „wenigen Tagen“ sei, hat es nach Angaben des deutschen Innenministeriums bislang weder solche Flüge gegeben, noch seien sie zurzeit in Planung.

Sarkozy sprach sich außerdem für eine moderne Datenerfassung bei der Visa-Vergabe aus. Dabei sollten sowohl Fotos als auch Fingerabdrücke in die Visa aufgenommen werden. Deutschland, Frankreich und Großbritannien haben bereits in Pilotprojekten biometrische Merkmale bei der Visa-Vergabe getestet. Nach der Einführung derartiger Maßnahmen in einigen Herkunftsländern habe sich dort die Zahl der Antragsteller nahezu halbiert. Die G5-Staaten wollen eine gemeinsame Prioritätenliste von jenen Ländern erstellen, in denen biometrische Merkmale zuerst einzuführen sind. Der britische Innenminister Clarke forderte zudem, dass die G5-Staaten die Visa-Vergabe mit der Bereitschaft der Herkunftsländer zur Rücknahme von abgeschobenen Asylbewerbern und undokumentierten Migranten verknüpfen sollten.

Als Maßnahme gegen Migranten, die die maximale Aufenthaltsdauer ihres Visums überschreiten, wollen die G5-Staaten Ausreisekontrollen an den Außengrenzen anregen. Als Grundlage dafür könne die Datenbank des EU-weiten Visa-Informationssystems dienen. Auch interne Kontrollen v. a. auf internationalen Ost-West-Bahnstrecken sollen verstärkt werden.

Weitere migrationspolitische Initiativen des G5-Gipfels umfassen die Entwicklung eines gemeinsamen Bezugsrahmens für die Familienzusammenführung sowie die Ausweitung des Bildungsaustauschprogramms „Erasmus Mundus“. Ausländischen Hochschulabsolventen soll es ermöglicht werden, Berufserfahrungen in den G5-Staaten zu sammeln.

Schließlich vereinbarten die Gipfelteilnehmer, technisch kompatible, elektronische Personalausweise einzuführen. Eine technische Vergleichsstudie soll bis Ende 2005 abgeschlossen werden. Sowohl in Deutschland als auch in Frankreich sollen ab Herbst 2005 bereits so genannte „ePässe“ mit biometrischen Merkmalen eingeführt werden (vgl. Kurzmeldungen, S. 4). *sta*  
Weitere Informationen: <http://www.interieur.gouv.fr>

## Literatur / Veranstaltungen

**Türkischstämmige Mitglieder in deutschen Parteien**  
Welche Rolle spielen türkischstämmige Politiker in deutschen Parteien? Insgesamt gibt es in deutschen Parlamenten und vergleichbaren Gremien auf Bundes-, Länder- und kommunaler Ebene bislang rund 50 Abgeordnete türkischer Herkunft. Der Artikel von Vedat Acikgöz beschreibt deren Aktivitäten und Bemühungen, die Integration von türkischen Einwanderern zu verbessern und gemeinsame politische Interessen besser wahrnehmen zu können. Er ist online auf

[qantara.de](http://www.qantara.de) nachzulesen:

[http://www.qantara.de/webcom/show\\_article.php/\\_c-468/\\_nr-364/\\_p-1/i.html](http://www.qantara.de/webcom/show_article.php/_c-468/_nr-364/_p-1/i.html)

#### Muslime in deutschen Medien: Verknüpfung von Islam und Terror

Aufgrund mangelnder Kenntnisse und Klischees gelingt es Medien und Politikern häufig nicht, die Trennlinie zwischen Islam, Islamismus und Extremismus richtig zu ziehen. Um radikale Islamisten zu isolieren, sind

die Muslime selbst gefragt, schreibt Sabine Schiffer in ihrem Essay auf qantara.de:

[http://www.qantara.de/webcom/show\\_article.php/\\_c-469/\\_nr-364/\\_p-1/i.html](http://www.qantara.de/webcom/show_article.php/_c-469/_nr-364/_p-1/i.html)

Frank Gesemann: **Junge Zuwanderer und Kriminalität in Berlin. Bestandsaufnahme – Ursachenanalyse – Präventionsmaßnahmen.** Berliner Beiträge zur Integration und Migration. Berlin 2004. ISBN 3-938352-00-0, Preis: 2,50 Euro, beim Beauftragten für Integration und Migration, Potsdamer Straße 65, 10785 Berlin, <http://www.berlin.de/auslb>, Fax: +49 (0)30 2625407

Sabine Hess: **Globalisierte Hausarbeit. Au-pair als Migrationsstrategie von Frauen aus Osteuropa.** 2005, Wiesbaden. ISBN 3-531-14507-X, Preis: 29,90 Euro, Online-Bestellung: <http://www.vs-verlag.de>

Ulrike Hormel, Albert Scherr: **Bildung für die Einwanderungsgesellschaft. Perspektiven der Auseinandersetzung mit struktureller, institutioneller und interaktioneller Diskriminierung.** 2004, Wiesbaden. ISBN 3-531-14399-9, Preis: 29,90 Euro, Online-Bestellung: <http://www.vs-verlag.de>

Marianne Krüger-Potratz (Hrsg.): **Familien in der Einwanderungsgesellschaft.** 2004, Göttingen. ISBN 3-89971-188-2, Preis: 14,40 Euro, Online-Bestellung: <http://www.v-r.de>

#### Konferenz

**Titel:** Vom pragmatischen Improvisieren zum integrationspolitischen Gesamtkonzept. Aufgaben einer innovativen Integrationspolitik.

**Veranstalter:** Friedrich-Ebert-Stiftung, Bundeszentrale für Politische Bildung (bpb), Kommunale Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsvereinfachung (KGSt) und Transfer interkultureller Kompetenz (TiK)

**Datum / Ort:** 20./21. Oktober 2005, Berlin

**Weitere Informationen:** [http://www.tik-iaf-berlin.de/pages/Framesets/TiK\\_Aktuell.html](http://www.tik-iaf-berlin.de/pages/Framesets/TiK_Aktuell.html)

#### Konferenz

**Titel:** 10. Honnefer Migrations-Tage. Chancen statt Vorurteile

**Veranstalter:** Katholisch-Soziales Institut der Erzdiözese Köln (KSI), Deutscher Caritasverband (DCV)

**Datum / Ort:** 19.-21. Oktober 2005, Bad Honnef

**Weitere Informationen:** DCV: Frau Dr. Elke Tiebler-Marenda, Tel.: +49 (0)761 200-0; KSI: Joachim Sikora, Tel.: +49 (0)2224 955-401, <http://www.caritas.de/11261.html>

**Anmeldung:** bis 15. September 2005: Katholisch-Soziales Institut der Erzdiözese Köln (KSI), Selhofer Str. 11, 53604 Bad Honnef, Tel.: +49 (0)2224 955-401, Fax: -101, E-Mail: [Sikora@ksi.de](mailto:Sikora@ksi.de)

**Kosten:** 180 Euro

#### Call for Papers – Tagung

**Titel:** Neue Zuwanderergruppen in Deutschland  
**Veranstaltung:** Herbsttagung des Arbeitskreises Migration – Integration – Minderheiten der Deutschen Gesellschaft für Demographie (DGD)

**Einsendeschluss:** 17.10.2005, Beiträge von Studierenden und Absolventen aus ihren Abschlussarbeiten sind willkommen.

**Termin der Konferenz:** 25. November 2005

**Ort:** Nürnberg (geplant), Veranstaltungsort wird noch bekannt gegeben.

**Kontakt:** Frank Swiaczny, Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung, Friedrich-Ebert-Allee 4, 65185 Wiesbaden, Tel.: +49 (0)611 75-4506, Fax: -3960, E-Mail: [frank.swiaczny@destatis.de](mailto:frank.swiaczny@destatis.de)

Dr. Sonja Haug, Fachbereichsleiterin Migrationsforschung (Referat 220a), Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, Frankenstr. 210, 90461 Nürnberg, Tel. +49 (0)911-943-4500, Fax: -4007, E-Mail: [sonja.haug@bamf.bund.de](mailto:sonja.haug@bamf.bund.de)

Kölnischer Kunstverein  
Projekt Migration  
ein Initiativprojekt der  
Kulturstiftung des Bundes

8.9. 19 Uhr Präsentation PROJEKT MIGRATION  
Ort: Kunstverein Hamburg  
30.9. 19 Uhr Ausstellungseröffnung PROJEKT  
MIGRATION in Köln

Kölnischer Kunstverein  
Die Brücke, Hahnenstr. 6, 50667 Köln  
Tel: +49.221.8697 647  
[info@projektmigration.de](mailto:info@projektmigration.de)  
[www.projektmigration.de](http://www.projektmigration.de)

#### Internationale Konferenz

**Titel:** Emerging patterns of transnational migration and organisations

**Veranstalter:** Ruhr-Universität Bochum, Faculty of Social Science, Chair Sociology of Organisations and Participation Studies

**Datum:** 5./6. Oktober 2005

**Ort:** Haus der Geschichte des Ruhrgebietes, Clemensstr. 17-19, 44789 Bochum, Germany

**Anmeldung:** keine Konferenzgebühren, Anmeldeschluss ist der 23. September 2005.

**Kontakt:** Ruhr-Universität Bochum, Lehrstuhl Organisationssoziologie und Mitbestimmungsforschung, Prof. Dr. Ludger Pries und Dipl. Kult.Wiss. Dorothea Goebel, Universitätsstr. 150, GB 04/42, 44780 Bochum, Tel.: +49 (0)23432-22580, Fax: -14446, E-Mail: [trans@ruhr-uni-bochum.de](mailto:trans@ruhr-uni-bochum.de)



## Impressum

Herausgeber: Netzwerk Migration in Europa e.V., Limonenstraße 24, 12203 Berlin, Tel.: +49 (0)30 456 3173, Fax: +49 (0)30 92400 996, E-Mail: [MuB@network-migration.org](mailto:MuB@network-migration.org); [newsletter@focus-migration.de](mailto:newsletter@focus-migration.de); ISSN: 1435-7194

Kooperationspartner: Bundeszentrale für politische Bildung (bpb) und Hamburgisches WeltWirtschaftsinstitut (HWWI)

Redaktion: Antje Scheidler (verantwortl.), Stefan Alscher, Marcus Engler, Gunnar Geyer (HWWI), Thomas Hummitzsch, Rainer Münz, Veyssel Özcan, Jan Schneider (i. A. der bpb), Christoph Wöhrle

Bestellung: [www.migration-info.de/kontakt](http://www.migration-info.de/kontakt) oder [newsletter@focus-migration.de](mailto:newsletter@focus-migration.de)

Die Herausgabe des Newsletters „Migration und Bevölkerung“ wird von der Bundeszentrale für politische Bildung (bpb) und dem Hamburgischen WeltWirtschaftsinstitut (HWWI) gefördert. Die darin veröffentlichten Beiträge geben nicht unbedingt die Ansicht der bpb und des HWWI wieder. Der Abdruck von Artikeln, Grafiken und Auszügen ist bei Nennung der Quelle erlaubt. Um die Übersendung von Belegexemplaren wird gebeten.

Weitere Online-Ressourcen: [www.network-migration.org](http://www.network-migration.org), [www.bpb.de](http://www.bpb.de), [www.migration-research.org](http://www.migration-research.org), [www.focus-migration.de](http://www.focus-migration.de)

Dieser Newsletter und alle bisher erschienenen Artikel sind online verfügbar unter: [www.migration-info.de](http://www.migration-info.de)